Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 3 Mk. 50 Pf.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Austragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Teilausgaben abends und morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Illuminations-Laternen
Papiergirlanden — Kinderlampions
21 Am See **Oscar Fischer.** Am See 21

L. Weidig, Waisenhausstr. 34.
Neuheiten Pariser, sowie eigner Modellhüte in jeder Preislage.
Wegen vorgerückter Saison bedeutende Preisermässigung.

Federleichte Reisehüte
Oschatzer Reiseschuhe u. Pantoffeln
Otto Buchholz
Hutfabrikant
28 Annenstrasse 28

Vorzüglich sind Gummischläuche mit Ringeinlage.
E. Böhme's rother Gartenschlauch.
Telefon I 3844.
E. Böhme, 13 Ferdinandstr.

„Universal" Dr. med. Wolfermanns neues vervollkommnetes Patent-Bruchband, unerreicht an Sitz und Wirkung und ein Segen für jeden Bruchleidenden. Alleinverkauf bei

M. H. Wendschuch sen. nur Marienstr. 22b im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11—12 Uhr.

Nr. 183. Spiegel: Bulgarien und Türkei. Sächs. Gemeindetag. Hofnachrichten. Vaterländ. Festspiele. Vereinsreiseverkehr. Mierkzimmer. Bezirksausschuß. Gerichtsverhandl. Händelfeier. | Mutmaßliche Witterung: Veränderlich, Gewitterneig. | **Sonnabend, 4. Juli 1903.**

Bulgarien und die Türkei.

Vom Balkan her, dem europäischen Wetterwinkel, ziehen am politischen Horizont wieder einmal dunkle Wolken herauf. Solche Erscheinung ist man gewöhnt, und die Besorgnis darüber braucht nicht gleich allzu groß zu sein, weil die Wolken, so drohend sie anfangs auch auftreten, sich oft allmählich wieder verziehen, ohne sich in einem Gewitter entladen zu haben. Es ist diesmal der bulgarische Chauvinismus, der mit dem Säbel rasselt. In Sofia zeigen sich aufs neue Gelüste, mit der Türkei um jeden Preis einen ernsten Konflikt einzufädeln, der zum Kriege führen muß, und in Konstantinopel, besonders in dortigen militärischen Kreisen, gehört es seit lange zu den populärsten Gedanken, mit dem Fürstentum Bulgarien, der Brutstätte der Verschwörungen, die der Pforte immer wieder so viel zu schaffen machen, endlich einmal gründlich abzurechnen.

Daß in Sofia, im Palast wie innerhalb der Regierung, im Heere wie in den breiten Volksschichten kriegerische Stimmungen der Türkei gegenüber vorherrschen, ist begreiflich. Den Inhalt des national-bulgarischen Gedankens bildet die Befreiung der makedonischen Stammesgenossen vom türkischen Joch und die staatliche Vereinigung mit Makedonien zu Großbulgarien. Im dynastischen Interesse hat sich Fürst Ferdinand in den Dienst dieses Gedankens gestellt; denn hätte er dies nicht getan, hätte er sich vielmehr offen gegen die makedonischen Umtriebe, deren Hauptherd die bulgarische Hauptstadt ist, erklärt, so würde er sich und seines Hauses Zukunft auf das Ernsteste gefährdet oder vielleicht schon ein ähnliches Schicksal, wie sein Vorgänger oder sein Nachbar Alexander Obrenowitsch, erlitten haben. Darüber wird wohl nirgends ein Zweifel mehr bestehen, daß, wie die ganze makedonische Bewegung, so auch ihr jüngster Ausbruch im Frühjahr vom Fürstentum Bulgarien aus ins Leben gerufen, unterhalten und geschürt worden ist. Wiederholt sind deshalb die Großmächte in Sofia vorstellig geworden und haben eindringliche Mahnungen und Warnungen an die dortigen Machthaber gerichtet. Wenn es der bulgarischen Regierung wirklich darum zu tun wäre, dem Aufstande in Makedonien keinerlei Unterstützung, weder direkt noch indirekt, zukommen zu lassen, dann wäre es der Pforte ein Leichtes gewesen, der Rebellen bald vollständig Herr zu werden. Aber weil die Türken infolge des Verhaltens der Bulgaren außer stande sind, die bulgarisch-makedonische Grenze gänzlich zu sperren und jeden Zuzug vom Fürstentum her abzuschneiden, bereitet die Bändigung der Makedonier so unsägliche, niemals völlig zu überwindende Schwierigkeiten. Die bulgarischen Arsenale sind es zum guten Teil, die die makedonischen Banden mit Waffen und Munition jeder Art versorgt haben, und das Dynamit, mit dem vor etlichen Wochen die Aufständischen operiert haben, ist sicherlich nicht auf türkischem Gebiete hergestellt worden. Auch aktive Offiziere der bulgarischen Armee haben in den revolutionären Banden mitgewirkt. Zwar hat sich gezwungenermaßen Fürst Ferdinand den energischen Vorstellungen gegenüber, die seiner Zeit vom Leiter der russischen Politik Grafen Lambsdorff während seines Aufenthaltes in Sofia erhoben wurden, nicht ablehnend verhalten, aber zu einem offenen und rückhaltlosen Bruch des offiziellen Bulgarien mit den Führern der makedonischen Propaganda hat er es nicht kommen lassen. Vielmehr geriet bei ihm die augenblickliche Erkenntnis der Notwendigkeit, die Kreise der russischen Diplomatie nicht zu stören, mit dem Ehrgeiz, den Verlockungen der Verkündiger des großbulgarischen Evangeliums Gehör zu schenken, sehr bald in Konflikt, und so drückte er beide Augen zu, als der damalige Kriegsminister zahlreichen bulgarischen Offizieren, ohne nach dem Zwecke zu fragen, den erbetenen Auslands-Urlaub erteilte.

Daß der makedonische Aufstand als gescheitert angesehen werden muß, wenn ihm nicht noch in letzter Stunde von außen her irgendwie neue Nahrung zugeführt wird, liegt auf der Hand. Die makedonischen Anarchisten sind mit ihrem bulgarischen Dynamit längst zu Ende und nur mühsam flackert das makedonische Feuer in Gestalt eines Guerillakrieges fort. In Sofia muß der Mißerfolg des Aufstandes der Stammesbrüder jenseits der Grenze natürlich die bittersten Enttäuschungen hervorrufen, und so sehr stehen die dortigen leitenden Kreise unter dem Banne des großbulgarischen Chauvinismus, daß sie für ihre Machtstellung fürchten, wenn die makedonischen Rebellen im Stich gelassen werden. Nachdem sich das gegenwärtige bulgarische Kabinett Petrow auf diplomatischem Wege in Konstantinopel vergeblich bemüht hat, für die Bulgaren in Makedonien nationale Zugeständnisse zu erlangen, versucht es jetzt, der kriegerischen Stimmung in Bulgarien einigermaßen Rechnung zu tragen, ob in der wirklichen Absicht, es zum Aeußersten kommen zu lassen, steht noch dahin. Es werden Anstalten zu einer Mobilmachung getroffen und zur Begründung erhebt die bulgarische Regierung in einem Zirkularschreiben an ihre Vertreter im Auslande Beschwerden über angebliche türkische Truppenkonzentrierungen an der Grenze und über die militärische Besetzung wichtiger strategischer Punkte daselbst. Ob es sich auf beiden Seiten um wirkliche kriegerische Vorbereitungen handelt, läßt sich zunächst nicht ergründen. Hüben und drüben wird das bestritten: Einerseits versichert die Pforte, die von Bulgarien behaupteten Truppenzusammenziehungen an der bulgarischen Grenze hätten einen harmlosen Charakter, und eine Vermehrung der militärischen Streitkräfte in Makedonien habe nicht stattgefunden; andererseits erklärt die bulgarische Regierung, das Gerücht von der Mobilisierung einiger bulgarischer Divisionen sei eine böswillige Erfindung; nur eine Anzahl Reservisten solle aus den an der Grenze gelegenen Ortschaften zur Verstärkung der Grenzposten einberufen werden. In Konstantinopel scheint man indes hierüber beunruhigt worden zu sein, und man könnte es der Pforte nicht verargen, wenn sie sich rechtzeitig auf die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes mit Bulgarien vorbereitet, da dort zweifellos feindselige Stimmungen und Strömungen obwalten, die eine Provokation, dergestalt, daß es an der Grenze zu einem Zusammenstoße zwischen türkischen und bulgarischen Truppen kommt, nicht ausschließen.

In den Kabinetten der Großmächte scheint man zunächst überzeugt zu sein, daß es die Türkei auf kriegerische Aktionen gegen Bulgarien nicht abgesehen hat. Nach der Wiener „N. Fr. Pr." sind den bulgarischen Vertretern im Auslande allerseits beruhigende Erklärungen gegeben worden. Man versicherte ihnen, daß von einer feindseligen Absicht der Türkei gegenüber Bulgarien keine Rede sein könne, die Türkei denke nicht an die Verfolgung des bulgarischen Elements. Sollten — was bisher noch nicht konstatiert worden — militärische Maßnahmen in größerem Stile von der Türkei getroffen worden sein, so geschehe dies lediglich zur wirkungsvolleren Hintanhaltung des Uebertrittes von Banden auf das türkische Gebiet. Die Vorgänge in Makedonien würden von den Konsuln der Mächte in eifriger Weise kontrolliert, und es bestehe deshalb die Garantie, daß von keiner Seite ein Uebergriff erfolge, ohne daß er zur Kenntnis der Kabinette gelange. Die bulgarische Regierung solle nur Geduld haben, es drohe dem Fürstentum von der Türkei keine Gefahr, und die Bulgaren sollten deshalb jeden unbesonnenen Schritt unterlassen.

Diese Mahnung ist gewiß am Platze; denn wenn überhaupt zur Zeit auf der Balkanhalbinsel irgendwo die Absicht besteht, einen Krieg vom Zaune zu brechen, so würde sie in erster Linie Bulgarien zuzutrauen sein, dessen innerpolitische Lage so kritischer Natur ist, daß die dortigen Machthaber sehr leicht auf den verzweifelten Gedanken verfallen können, daß ein Krieg der beste Ausweg ist. Sollte dieser leichtsinnige Gedanke schließlich doch Wirklichkeit werden, trotz des entgegenstehenden ausgesprochen friedlichen Willens der beiden meist interessierten Großmächte, Oesterreich-Ungarns und Rußlands, so würde doch immer noch kein Grund vorliegen, zu fürchten, daß ein türkisch-bulgarischer Krieg auch den Frieden Europas bedrohen würde, nachdem ein serbisch-bulgarischer und ein türkisch-griechischer Krieg vorübergegangen sind, ohne den ganzen Weltteil in Flammen zu sehen.

Neueste Drahtmeldungen vom 3. Juli.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der Nachricht, Prinz Heinrich und Prinz Adalbert von Preußen würden die Weltausstellung von St. Louis im nächsten Jahre besuchen, wird einem Hamburger Blatt weiter gemeldet, daß der Kaiser anläßlich des Diners, das der amerikanische Gesandte in Berlin am Freitag gab, dem Admiral Gordon zugesagt habe, er werde die beiden Prinzen mit einem Geschwader nach Nordamerika in Erwiderung des jetzigen amerikanischen Besuchs entsenden. Das Geschwader werde unter dem Befehl des Prinzen Heinrich stehen, während Prinz Adalbert als Leutnant zur See Dienst tun werde. — Zu den Gerüchten über den Rücktritt des Reichsgerichtspräsidenten v. Oehlschläger wird aus Leipzig geschrieben: Direkte Erkundigungen haben ergeben, daß im Reichsgericht hiervon nichts bekannt ist. Herr v. Oehlschläger ist zwar augenleidend, es ist aber Aussicht auf seine völlige Wiederherstellung vorhanden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur jüngsten Auszeichnung des Großherzogs Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin durch den Kaiser, wird gemeldet, daß der Großherzog die erste fürstliche Person ist, die à la suite der Marine-Infanterie gestellt ist. — Prinz Heinrich hat in einem heute vormittag bei dem Deutschen Automobilklub eingegangenen Telegramm seiner Genugtuung über den Sieg unserer heimischen Industrie im Gordon-Bennett-Rennen Ausdruck gegeben. Auch die Großherzogin Anastasia von Mecklenburg hat dem Klub ihre besten Wünsche zu dem großen Erfolge ausgesprochen. — Das russische Kaiserpaar hat seinen Besuch am großherzoglich-hessischen Hofe für Anfang September angesagt. — Gegenüber der „Times"-Meldung, Delcassé habe die jüngsten Vorschläge Deutschlands betreffend die Verteilung des für die Bagdadbahn nötigen Kapitals auf die interessierten Mächte abgelehnt, wird festgestellt, daß Deutschland auf die Vorschläge, die ihm letzthin von französischer Seite unterbreitet wurden, nicht eingegangen ist. Die Verhandlungen schweben noch, doch wird Deutschland bei seinen alten Forderungen verharren. — Der „Oberschlesische Wanderer" meldet, die kirchliche Trauung des Reichstagsabgeordneten Korfanty habe nicht stattfinden können, weil sie vom Kardinal Kopp verweigert worden sei. Ferner berichten polnische Blätter, oberschlesische Polen hätten an den Papst eine mit vielen Tausenden von Unterschriften versehene Beschwerde über den Kardinal Kopp und dessen Hirtenbrief abgesandt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Post" schreibt: Eine der widerlichsten Erscheinungen, die die Wahlniederlage der linksliberalen Gruppe hervorgerufen hat, ist das Kesseltreiben, das ein Teil der linksliberalen Presse, von der „National-Zeitung" bis zur „Volkszeitung", gegen Herrn Eugen Richter veranstaltet. Das Bestreben, diesen alten Parlamentarier und Parteiführer zum Sündenbock für die wohlverdiente Niederlage der linksliberalen Gruppe, insbesondere der Freisinnigen Vereinigung, zu stempeln, erinnert lebhaft an das Verfahren der Franzosen, die für ihre Niederlagen im deutsch-französischen Kriege einen Verräter verantwortlich machten. Hätte neben der Verachtung Empörung Platz, so müßte diese im höchsten Maße den ehrlichen Gegner ergreifen, wenn er sieht, wie ein Blatt, das, wie das Mosseblatt, zwischen dem widerlichsten Byzantinismus und dem Kotau vor der Sozialdemokratie hin- und herpendelt, sich herausnimmt, den langjährigen ersten Wortführer des fortgeschrittenen Liberalismus im Parlamente und in der Presse abzukanzeln. Wer Interesse daran hätte, daß der linke Liberalismus baldigst gänzlich von der Bildfläche verschwinde, könnte nichts besseres tun, als das Kesseltreiben gegen Herrn Eugen Richter zu unterstützen. Gelänge es den Pygmaeen, diesen Wortführer der freisinnigen Anschauungen von seiner leitenden Stellung zu verdrängen, so würde der linke Liberalismus überall aufgehört haben, für die praktische Politik noch mit zu rechnen.

Berlin. Wie die preußische Zentral-Boden-Kredit-Aktien-Gesellschaft mitteilt, sind die heute von ihr zur Subskription gestellten 16 Millionen Mark 3½prozentiger Zentral-Pfandbriefe mehrfach überzeichnet worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Steigerung der Elbfrachten machte heute weitere Fortschritte. Die Route Hamburg—Berlin notierte 1 Mk., die Route Hamburg-Elbestationen 50 Pfg. höher. Der Wasserstand hat sich infolge der Hitze wesentlich verschlechtert. — An der hiesigen Börse lagen Londoner Meldungen vor, wonach das Kapparlament die Einführung von chinesischen Arbeitern nach Südafrika abgelehnt hätte.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Das Landgericht verurteilte eine aus 6 Personen bestehende Diebesbande wegen zahlreicher Diebstähle und Einbrüche mit Zuchthausstrafen bis zu 3½ Jahren.

Kassel. Prozeß Schmidt. Bergmann bestreitet, daß die Trebergesellschaft durch sein Verfahren in arge Bedrängnis geraten sei. 1 280 000 Mark hätte er von der Gesellschaft zu fordern gehabt, habe aber darauf verzichtet, um die Schwierigkeiten nicht zu vermehren; so handle doch kein Schwindler, als welchen der Sachverständige ihn hinzustellen versucht habe. Staatsanwalt Morbel teilt mit, daß ein Brief von Dr. Franz Schmidt eingelaufen sei, worin dieser mitteilt, er habe Schmidt vorher gesagt, daß der technische Zusammenbruch der Trebergesellschaft binnen zwei Jahren erfolgen werde. Da dies dem guten Glauben Schmidts an die Güte der Verkohlungspatente widerspricht, so beantragt der Staatsanwalt die Ladung Dr. Franz Schmidts als Zeugen. Die Verteidigung dagegen behauptet, Franz Schmidt habe damals, im Jahre 1900, behauptet, wenn man ihn ruhig arbeiten lasse, werde er binnen einem Jahre die Werke in Betrieb haben. Als Zeugen hierfür werden genannt: Prof. Borchardt-Hagen und die Mitglieder des Aufsichtsrats Hermann Sumpf und Schulte-Delwig. Den Anträgen auf Ladung dieser Zeugen wird vom Gerichtshof stattgegeben, sie sollen auf Montag geladen werden. Es folgt eine längere Verhandlung über das bekannte Exposé Dr. Auspitzers bezüglich der Fusion, wobei Auspitzer noch eine Rentabilität von 35 Prozent herausgerechnet hat. Schmidt beruft sich hierauf, um seinen guten Glauben im Jahre 1901 zu beweisen. Des weiteren kommt ein Briefwechsel zwischen Bergmann und dem Angeklagten zur Verlesung, worin Bergmann den Angeklagten hinsichtlich der Carbidversuche hinhält, und versichert, daß es ihm gelingen werde, die Tonne Kohle und Carbid zu höchstens 10 Mk. herzustellen. Schmidt solle Tatsachen sehen, denn er, Bergmann, wisse, daß der Schein gegen ihn sei. Auch hieraus will Schmidt beweisen, daß er sich in gutem Glauben an das Gelingen der Bergmannschen Versuche befand. Um ½2 Uhr wird die Verhandlung auf 3 Stunden unterbrochen. Es soll eine Abendsitzung stattfinden.

Köln. (Priv.-Tel.) In dem Prozeß mehrerer Finanzleute und Inhaber großer Banken gegen zwei Redakteure der „Kölnischen Zeitung" wegen eines Artikels in dem genannten Blatte, der die Behauptung enthielt, daß namhafte Persönlichkeiten des deutschen Schutzausschusses der Aktionäre der Niederländischen Transvaalbahn die Interessen der deutschen Aktionäre geschädigt, und die Bemühungen der deutschen Regierung vereitelt hätten, wurden die Angeklagten, die den Beweis für ihre Behauptungen nicht erbringen konnten, zu je 150 Mk. Geldstrafe oder 15 Tagen Haft verurteilt.

Köln. (Priv.-Tel.) Zur Zusammenkunft Bachems mit Spahn in Leipzig äußert sich nunmehr die Bachemsche „Köln. Volksztg." dahin, daß zunächst zwischen Bachem und dem liberalen Abgeordneten Paasche Verhandlungen über gegenseitige Unterstützung bei Stichwahlen in Berlin stattgefunden hätten, wobei Bachem einen allgemeinen Kompromiß ablehnte angesichts der kulturkämpferischen Haltung einzelner liberaler Kandidaten vor den Hauptwahlen; dagegen wurden rein partikulare Kompromisse auf dem Boden der Gegenseitigkeit ins Auge gefaßt, und diese bei der Zusammenkunft der vom Vorstande der Zentrumsfraktion hierfür bezeichneten Abgeordneten Schädler, Bachem und Spahn im Hause des letzteren in Leipzig perfekt gemacht. Bachem habe keinerlei Auftrag des Grafen Posadowsky erhalten, schon deshalb nicht, als Graf Posadowsky nicht in der Lage sei, Bachem überhaupt Auftrag zu erteilen.

Duisburg. Prozeß Terlinden. In der heutigen Verhandlung wurde festgestellt, daß Terlinden von der Aktiengesellschaft Terlinden Patente für 10 000 Mk. gekauft und sie an Guermont für 1½ Mill. Mk. verkauft hatte, trotzdem er zu dieser Transaktion nicht berechtigt war. Ueber die in der Bilanz vom 31. Dezember 1900 aufgeführten 698 755 Mk. 3½prozentiger preußischer Konsols befragt, erwidert Terlinden, er habe diese Wertpapiere besessen. Die Norddeutsche Bank, von der die Konsols stammen sollen, hat dagegen erklärt, niemals Papiere an Terlinden geliefert zu haben. Alsdann werden die Verbindungen Terlindens mit 17 von ihm begründeten Banken besprochen.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Das Landgericht verurteilte den preußischen Eisenbahnfiskus zur Zahlung von 17 000 Mk. jährlicher Rente an Dr. Weißgerber zu Lauterbach. Weißgerber, der eine ausgedehnte ärztliche Praxis ausübte, besonders als Operateur, erlitt beim Eisenbahnunfall am 21. Juni 1897 zwischen Gießen und Fulda derartige Verletzungen, daß er seine Berufstätigkeit einstellen mußte.

Liesbach. (Priv.-Tel.) Heute vormittag wurden in Hausham durch eine Explosion schlagender Wetter in der Nähe des Hauptschachtes drei Häuer getötet.

Norderney. Der Reichskanzler Graf Bülow ist, begleitet von dem Gesandten Fürsten Lichnowsky, hier eingetroffen und in der Villa Webel abgestiegen.

Friedrich & Glöckner, Streichfertige Oelfarben, Lacke, Firnisse, Farben